

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:
Baumberger, Mauch Rolf

(2)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Borer Roland, Dreher, Giezendanner, Grendelmeier, Jenni Peter, Kern, Meier Samuel, Moser, Scherrer Jürg, Steinemann

(10)

Abwesend sind – Sont absents:

Allenspach, Bär, Baumann, Blocher, Bonny, Borradori, Brügger Cyrill, Caccia, Carobbio, Cincera, David, Deiss, Dettling, Fasel, Gobet, Gonseth, Haering Binder, Hegetschweiler, Hess Peter, Jaeger, Jöri, Leemann, Lepori Bonetti, Leu Josef, Loeb François, Maspoli, Matthey, Miesch, Mühlemann, Nabholz, Neuschwander, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Ruf, Rychen, Savary, Schweingruber, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Strahm Rudolf, Thür, Wanner, Weder Hansjürg, Ziegler Jean

(46)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:
Haller

(1)

B. Bundesbeschluss über den Leistungsauftrag 1987 an die Schweizerischen Bundesbahnen und über die Abgeltung ihrer gemeinwirtschaftlichen Leistungen
B. Arrêté fédéral fixant les principes du mandat 1987 des Chemins de fer fédéraux et l'indemnisation de leurs prestations de service public

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 8 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Frey Walter

.... wird bis Ende 1995 verlängert.

Art. 8 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Frey Walter

.... jusqu'à la fin de 1995 au plus tard.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

100 Stimmen

Für den Antrag Frey Walter

43 Stimmen

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Aubry, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezola, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bodenmann, Bonny, Borer François, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Bühlmann,

Bührer Gerold, Bundi, Bürgi, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Chevallaz, Columberg, Comby, Couchepin, Daepf, Danuser, Darbellay, de Dardel, Diener, Dormann, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Frey Claude, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Goll, Graber, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Gysin, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hildbrand, Hollenstein, Hubacher, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jeanprêtre, Keller Anton, Keller Rudolf, Kühne, Lepori Bonetti, Leuba, Leuenberger Ernst, Maeder, Maitre, Mamie, Marti Werner, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meyer Theo, Misteli, Müller, Narbel, Nebiker, Oehler, Ostermann, Perey, Philipona, Raggenbass, Rebeaud, Robert, Rohrbasser, Ruckstuhl, Ruffy, Rutishauser, Sandoz, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Peter, Schmidhalter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Seiler Rolf, Sieber, Spielmann, Spoerry, Stalder, Stamm Luzi, Steiger Hans, Steiner Rudolf, Suter, Theubet, Tschäppät Alexander, Tschopp, Tschuppert Karl, Vollmer, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwyzgart

(136)

Dagegen stimmen – Rejettent le projet:

Aregger, Binder, Borer Roland, Bortoluzzi, Dreher, Frey Walter, Giezendanner, Jenni Peter, Kern, Moser, Scherrer Jürg, Steinemann, Vetterli

(13)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Grendelmeier, Meier Samuel, Pini, Reimann Maximilian

(4)

Abwesend sind – Sont absents:

Allenspach, Bär, Baumann, Blocher, Borradori, Brügger Cyrill, Caccia, Carobbio, Cincera, David, Deiss, Dettling, Fasel, Gobet, Gonseth, Hegetschweiler, Hess Peter, Jaeger, Jöri, Ledergerber, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maspoli, Matthey, Miesch, Mühlemann, Nabholz, Neuschwander, Pidoux, Poncet, Rechsteiner, Ruf, Rychen, Savary, Schweingruber, Stamm Judith, Steffen, Steinegger, Strahm Rudolf, Stucky, Thür, Wanner, Weder Hansjürg, Ziegler Jean

(46)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller

(1)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

94.041

**Unwetterschäden 1993
in den Kantonen Wallis und Tessin.
Bundeshilfe**

**Dégâts causés par les intempéries 1993
dans les cantons du Valais et du Tessin.
Participation financière de la Confédération**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 4. Mai 1994 (BBI II 1276)

Message et projet d'arrêté du 4 mai 1994 (FF II 1275)

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Bundi Martin (S, GR), Berichterstatter: Nach 1987 hatte die Schweiz 1993 schon wieder Unwetterschäden in grösserem Ausmass zu verzeichnen. Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss beantragt der Bundesrat, den beiden Kantonen Wallis und Tessin einen Teil der damit verbundenen grossen Unkosten zu entschädigen. Von den insgesamt entstandenen Kosten von zirka 850 Millionen Franken entfallen 650 Millionen auf das Oberwallis und 200 Millionen auf den Kanton Tessin. Der Anteil der Privatschäden beträgt etwa 56 Prozent oder 480 Millionen Franken, derjenige des öffentlichen Sektors 44 Prozent oder zirka 370 Millionen Franken. Während die privaten Schäden recht grosszügig durch die Versicherungen abgedeckt wurden, entfallen auf die öffentliche Hand erhebliche Anteile. Die beiden Kantone können diese Kosten allein nicht bewältigen. Gesamteidgenössische Solidarität ist deshalb gefragt und eigentlich auch unbestritten.

Ich verzichte darauf, auf den technischen Teil dieser Vorlage weiter einzutreten, weil er Ihnen durch die Lektüre der Botschaft bekannt sein dürfte. Nun hat aber die Kommission noch grundsätzlich über die Ursachen von derart grossen Unwetterschäden sowie über die Folgerungen diskutiert, die daraus zu ziehen sind. Ich muss deshalb auch bei etwas vorge-rückter Zeit um Ihre Aufmerksamkeit zu diesen Überlegungen der Kommission bitten.

Als Ursachen nennt die Botschaft unter anderem die hohen Niederschlagsmengen, die hohe Nullgradgrenze und den grossen Geschiebeanfall mit neuen Rekorden der Rhonezuflüsse bei Brig und einem hohen Pegelstand am Lago Maggiore. Als «mildernde Umstände» werden die Stauseen und die Langensee-Regulierung genannt. Die Botschaft weist weiter darauf hin, dass Ereignisse dieser Grössenordnung auch im vorindustriellen Zeitalter aufgetreten seien. Diese Meinung wird wohl allgemein geteilt, hingegen kaum die anschliessende Bemerkung, deshalb könnten die Ursachen wohl nicht auf globale Faktoren wie Klimaveränderung oder Waldsterben zurückgeführt werden.

Die Diskussion über weitere Ursachen drängt sich nach 1987 und 1993 und vor allem auch nach den grossen Überschwemmungen des Monats Mai dieses Jahres im Aargau ganz gebieterisch auf. Es ist in diesem Zusammenhang auch zu verlangen, dass die an den diversen Forschungsprogrammen arbeitenden Forscher mit ihren Erkenntnissen herausrücken. So wäre es wünschenswert, dass die Verantwortlichen des Nationalen Forschungsprogramms 31 «Klimaänderungen und Naturkatastrophen» ihre Zwischenergebnisse nicht nur an geschlossenen Tagungen erörtern, sondern offen der Öffentlichkeit zugänglich machen. Es ist nämlich so, dass der Bund bereits im Jahre 1990 rund 20 Millionen Franken für das Projekt «Klimaänderungen und Naturkatastrophen», also für das Nationale Forschungsprogramm 31, zur Verfügung gestellt hat.

Der offenbar bestehende «lähmende Expertendissens», von dem man spricht, muss endlich überwunden werden, weil sonst die Verunsicherung dazu führt, dass Entscheidungen immer weiter hinausgeschoben werden. Immerhin wird im ersten Informationsheft 1994 der Schriftenreihe «Raumplanung» klipp und klar festgehalten, dass sich erstens die Anzeichen häufen, dass Katastropheneignisse infolge Klimaveränderung vermehrt auftreten werden, und dass zweitens das Schadenpotential und damit der von Naturgefahren verursachte Schaden ständig zunehmen. Dort wird auch darauf aufmerksam gemacht, dass in jüngster Zeit stark gefährdete Gebiete immer mehr überbaut werden. Die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft stellte kürzlich im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse fest, die Zahl der Unwetter habe zwar nicht zugenommen, aber die Schadenhöhe steige und der Verlauf der Naturkatastrophen werde schwerwiegender.

Experten und Laien teilen heute die Auffassung, dass sich mehr katastrophenähnliche Ereignisse einstellen – wegen der anhaltenden Dynamik der Überbauung unserer Kulturlandschaften einerseits und wegen der Versiegelung der Kulturräume durch die Intensivlandwirtschaft andererseits. Je weniger Wasser im Kulturlandbereich versickern und versiegen kann, desto mächtiger stauen sich die Wassermassen bei den

Ausflussnischen und -kanälen an, und um so grösser wird die Wucht des Geschiebezuges. Die Luftbilder zu den jüngsten Überschwemmungen im schweizerischen Mittelland zeigten auf eklatante Weise, dass die Schwachstellen vor allem auf Arealen auftraten, die in den letzten Jahrzehnten überbaut wurden.

Ist man nun aber gewillt, die sich aufdrängenden Schlussfolgerungen zu ziehen? Oder will man zuwarten, bis die nächste grosse Wasserkatastrophe kommt, und dann wieder mit Bundesgeldern Entschädigungen zahlen? Dazu ist einerseits zu sagen, dass die offiziellen Stellen zwar aus den Ereignissen von 1987 einiges gelernt und auch entsprechende Massnahmen und Kursänderungen eingeleitet haben. So sind die Prioritäten im Bundesgesetz über den Wasserbau neu gesetzt worden, in dem Sinne, dass nicht mehr in Gefahrengelände hinein gebaut und auch dem Gewässerunterhalt mehr Gewicht beigemessen werden soll. Die Botschaft hält ferner auf Seite 7 fest, dass in der neuen Prioritätenordnung Massnahmen der Raumplanung vor baulichen Schutzmassnahmen einzuordnen seien.

Die Frage ist aber nur, ob diese Zusicherungen nicht in erster Linie Theorie sind. Wir müssen uns ernstlich fragen, ob wir nicht im Begriffe stehen, in der Praxis genau das Gegenteil zu tun. Die Tendenz nämlich, die Landwirtschaftszone zu öffnen, sie für Überbauungen mit landwirtschaftsfremden Objekten zuzulassen, wäre eine raumplanerische Massnahme, die noch vermehrt zur Zubetonierung und Versiegelung der landwirtschaftlichen Kulturläche beitragen würde. An diese Zusammenhänge sind die Befürworter derartiger Deregulierungen jedenfalls frühzeitig zu erinnern.

In der Kommission wurde auf drei Schwachpunkte hingewiesen:

1. In manchen Kantonen sind die Gefahrenpotentiale ungenügend bekannt oder analysiert worden. Es muss unbedingt gefordert werden, dass gesamtschweizerisch abgeklärt wird, wo solche Gefahrenpotentiale bestehen, damit am richtigen Ort schwergewichtig investiert wird.

2. In diversen Regionen sind grosse Zivilschutzanlagen überschwemmt worden. Einige standen offenbar am falschen Ort. Sollen diese mit öffentlichen Geldern wiederhergestellt werden, auf die Gefahr hin, ein nächstes Mal wieder durch Überschwemmungen zerstört zu werden? Eine Übersichtskarte und Beschreibung aller potentiell gefährdeten Standorte von Zivilschutzanlagen ist unverzüglich für die ganze Schweiz zu erstellen.

3. Die Alarmierung hat in diversen Fällen nicht geklappt, auch bei jüngsten Übungsanlagen nicht. Auch zu diesem Problem ist ein Bericht erforderlich. Herr Bundesrat Ogi hat zugesichert, in bezug auf die Zivilschutzanlagen und die Alarmierung nach Absprache mit weiteren betroffenen Departementen entsprechende Untersuchungen und Berichte zu veranlassen. In bezug auf die genaue Eruiierung der Gefahrenpotentiale in den Kantonen hat er sich noch nicht definitiv festgelegt. Wir möchten in dieser Hinsicht heute gerne eine Antwort von ihm bekommen.

Es kann sich im Ernst nicht darum handeln, dass wir jetzt in regelmässigen Zeitabständen den Kantonen Kostenbeiträge zukommen lassen, wenn es darunter Kantone geben sollte, die ihre Hausaufgaben nicht machen, das heisst, die:

1. nicht rechtzeitig die Gefahrenpotentiale definieren und entsprechende Gegenmassnahmen einleiten; oder
2. nicht die nötigen Vorkehrungen treffen, damit die Alarmorganisation bei Katastrophenfällen gut funktioniert; oder
3. nicht veranlassen, dass Zivilschutzanlagen in Gebieten liegen müssen, die vor Überschwemmungen sicher sind.
Werden diese Massnahmen nicht vollumfänglich eingeleitet, ist bei zukünftigen Katastrophen ein entsprechender Kanton von der Bundeshilfe auszuschliessen.

Die Kommission hat auch den neuen Modus gutgeheissen, dass die Bundesbeiträge aufgrund von kontrollierten Abrechnungen und nicht einfach im Sinne von Pauschalen ausgerichtet werden, wie das 1987 der Fall gewesen ist. Sie hat auch zur Kenntnis genommen, dass die finanziellen Mittel gemäss Bundesbeschluss mit Nachtrags- und Zusatzkrediten der zweiten Serie bewilligt werden sollen.

Die Frage wurde auch ventiliert, ob nicht demnächst ein Bundesgesetz über Subventionierungsmöglichkeiten nach Katastrophenfällen vorbereitet werden sollte. Indessen wurde mit Recht eingewendet, dass es enorm schwierig sein würde, die Kriterien zur Gestaltung der Bundesleistungen festzulegen, da jedes Ereignis wieder ein anderes Bild zeige. Fazit: Wir müssen alles Mögliche präventiv unternehmen, von der Ursachenbekämpfung bis zu den baulichen Massnahmen, um ähnliche Schadenfälle zu vermeiden. Das alte Rezept gilt hier ganz besonders: Vorbeugen ist besser als Heilen.

Die Kommission beantragt mit 20 zu 0 Stimmen, auf diese Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

Epiney Simon (C, VS), rapporteur: L'année 1993 fut également une «annus horribilis» pour les cantons du Tessin et du Valais. En effet, la hausse constante du lac Majeur, pendant trois semaines, a inondé les régions riveraines qui ont pu partiellement, heureusement, limiter les dommages. En revanche, des sols labiles et saturés par des pluies se sont éboulés, obstruant des routes et occasionnant des inondations dramatiques avec le décès d'une personne. Dans la région de Brigue, de l'air maritime instable, élevant la limite du zéro degré à plus de 3000 mètres d'altitude, déclencha des précipitations extraordinaires dans un périmètre limité. D'énormes quantités de matériaux, charriés par les eaux indomptables de la Salina, dévièrent cette dernière sur la ville de Brigue où l'on devait déplorer la perte de deux personnes.

Le montant des dommages fut considérable: 650 millions de francs dans le Haut-Valais, 200 millions de francs au Tessin. A l'instar de ce qui s'est passé en 1987 dans le canton d'Uri notamment, les cantons concernés sollicitèrent l'aide de l'armée, de la protection civile, firent appel à la solidarité confédérale, puis déposèrent une requête d'aide extraordinaire.

Le Conseil fédéral, il faut le relever, a réagi rapidement. Il apporta du réconfort aux populations sinistrées, et s'engagea à couvrir les dégâts non assurables du secteur public par une aide appropriée, exceptionnelle et à l'abri de tracasseries administratives excessives. L'armée a accompli un travail admirable, en fournissant 35 000 jours-hommes et la protection civile 20 000 jours-hommes, avec, en plus, la mise à disposition d'engins adéquats de déblaiement. Enfin, le Conseil fédéral ordonna le transbordement des véhicules à travers le Simplon.

Un groupe de travail interdépartemental élabora le concept d'aide extraordinaire qui s'articule sur les axes suivants:

1. prise en charge du dommage dans le seul secteur public;
2. prise en compte des travaux de première nécessité et de remise en état;
3. utilisation des possibilités légales en matière de subventionnement;
4. renonciation à la réduction linéaire du taux des subventions;
5. élaboration d'une législation spécifique tendant à l'augmentation de 10 pour cent du taux de subventionnement ordinaire et la prise en charge du coût lié aux gros travaux de déblaiement et de remise en état des infrastructures publiques.

Le Conseil fédéral, s'appuyant sur les recommandations de ce groupe interdépartemental ainsi que sur la pratique qui avait déjà été adoptée en 1987, vous propose de prendre en charge, sur 271 millions de francs de frais de remise en état et de déblaiement, un montant de 209 millions de francs, soit 125 millions de francs octroyés sur la base du droit actuel, et 84 millions de francs octroyés au titre d'aide spéciale. Restent donc à charge du canton du Valais un montant de 38 millions de francs dans le secteur public et, à charge du Tessin, un montant de 24 millions de francs dans le secteur public.

Ces montants, avancés par les cantons sur factures contrôlées, seront alloués aussi rapidement que possible. A événement extraordinaire, procédure exceptionnelle. La Confédération utilisera d'abord les crédits ordinaires, en arrêtant des priorités, en retardant, le cas échéant, des projets, et en passant ensuite par des crédits complémentaires et supplémentaires.

La commission – le rapporteur de langue allemande vous l'a dit tout à l'heure – a entrepris un débat animé et fort intéressant

sur les causes des intempéries, sur leurs conséquences, leur répétition – puisque, depuis le début du siècle, nous avons eu beaucoup de répétitions de telles intempéries – sur les mesures à prendre, sur les moyens de limiter les dégâts, sur l'augmentation du débit d'évacuation des eaux du lac Majeur, sur la construction d'ouvrages, sur la nécessité d'élaborer des cartes de danger, enfin sur l'influence de certaines constructions au niveau de l'aménagement du territoire.

Finally, la commission, après un très large échange de vues, a accepté à l'unanimité cet arrêté fédéral urgent et vous propose d'en faire de même. La nature ne pourra jamais être totalement domestiquée. Ce n'est pas le lieu aujourd'hui d'en rechercher nécessairement toutes les causes et d'en prévoir toutes les conséquences.

Ogi Adolf, Bundesrat: Die Vorlage des Bundesrates vom 4. Mai 1994 über eine ausserordentliche Hilfe des Bundes in der Grössenordnung von etwa 84 Millionen Franken an die Kantone Wallis und Tessin ist in Ihrer Kommission sehr gut aufgenommen worden. Das ist keine Selbstverständlichkeit, besonders dann nicht, wenn sich der Bundeshaushalt in einer solch schwierigen Lage befindet.

Auch die Kernpunkte unseres Konzeptes für eine Sonderhilfe des Bundes waren in Ihrer Kommission unbestritten. Ich möchte sie trotz der Ausführungen von Herrn Kommissionsprecher **Bundi** noch einmal kurz in Erinnerung rufen:

Die Schadenhilfe gilt nur für Schäden im öffentlichen Sektor. Sie betrifft nur Notstands- und Wiederinstandstellungsarbeiten. Folgeprojekte sind nach ordentlichem Recht abzuwickeln. Zunächst soll das geltende Recht ausgeschöpft werden. Der Bundesrat wird in den schadenrelevanten Bereichen die lineare Kürzung der Subventionen aufheben. Darüber hinaus soll nur für die Unwetterschäden 1993 Sonderrecht geschaffen werden, und zwar in zwei Richtungen: erstens Anhebung des Subventionssatzes im Wasserbau um 10 Prozent, also maximal 75 Prozent, zweitens ausserordentliche Leistungen des Bundes von maximal 75 Prozent für drei Bereiche, nämlich für die Grobräumung, für die Kantons- und Gemeindestrassen und für die Wiederinstandstellung von Infrastrukturen. Dieses Sonderrecht soll zudem im dringlichen Verfahren erlassen werden. Rasche Hilfe kann nur mit einem dringlichen Bundesbeschluss sichergestellt werden. Eine Hilfe, die erst ein Jahr nach dem Ereignis kommt, wäre keine rasche Hilfe mehr. Soweit das Konzept dieser Sonderhilfe.

Nun noch kurz zur Ursachenforschung und zu den Lehren, die aus den Ereignissen zu ziehen sind. Die Diskussion in Ihrer Kommission und Ihre Überlegungen – so nehme ich einmal an, da wir ja nicht diskutieren können, da das Geschäft in Kategorie IV eingeteilt ist – gelten zwei Fragen: Was sind die Ursachen für die sich häufenden Unwetterereignisse, und welche Lehren ziehen wir aus diesen Ereignissen?

Zu den Ursachen: Die Häufung der Schadenereignisse, auch in diesem Jahr – besonders in den Kantonen Aargau und Thurgau –, geben Anlass zu weiterer Besorgnis. Zu bedenken ist: Nicht nur der Naturraum hat sich verändert, sondern auch der Lebensraum des Menschen; er ist ungleich dichter besiedelt, was zu immer grösseren, zu immer häufigeren Schäden führt. Die Zeitspanne der letzten Jahre, in denen eine deutliche Temperaturerhöhung zu beobachten war, ist zwar noch zu kurz, um das Eintreten einer Klimaveränderung heute schon zu beweisen; Befürchtungen sind aber berechtigt. Der Bundesrat, der bereits 1990 das Nationale Forschungsprogramm «Klimaveränderungen und Naturkatastrophen» in Auftrag gegeben hat, erhofft hierdurch eine Antwort auf diese wichtige Frage. Er hat zu diesem Zweck 20 Millionen Franken bereitgestellt, und die Arbeiten sollen 1996 abgeschlossen werden.

Dann schliesslich noch der menschliche Einfluss: Durch eine immer stärkere Vernetzung der Räume mit Strassen, mit Bahnen, mit Leitungen, mit Kommunikationslinien ist unser Lebensraum immer verletzlicher geworden.

Noch ein Wort zu den Lehren. Wir müssen unsere Nutzungen den naturräumlichen Gegebenheiten anpassen und den Gefahren möglichst ausweichen:

Die Kantone sind verpflichtet, Gefahrenkarten zu erarbeiten und diese in den Richt- und Nutzungsplänen zu berücksichti-

gen. Hier möchte ich Herrn Bundi sagen: Das Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über den Wasserbau und das Waldgesetz vom 4. Oktober 1991 verlangen von den Kantonen ausdrücklich die Erarbeitung von Gefahrenkarten. Abgeltungsgesuche für Schutzmassnahmen müssen Angaben bezüglich Gefahrenpotential enthalten. Die Empfehlungen des Bundes zur Erstellung von Gefahrenkarten sind in Bearbeitung, und die Berücksichtigung in Richtung Nutzungsplanung ist erst 1995 möglich. Angesichts des Aufwandes braucht es einige Jahre, bis dann flächendeckende Gefahrenkarten vorliegen. Weiter ist zu sagen, dass dafür zu sorgen ist, dass keine Zivilschutzbauten mehr in den Gefahrenzonen erstellt werden. Wie alle Brandverhütungsmassnahmen die Feuerwehr nicht ersetzen können, machen auch die Hochwasserschutzmassnahmen die Katastrophenhilfe natürlich nicht unentbehrlich. Eine Katastrophe muss primär von innen, d. h. von der betroffenen Bevölkerung, bewältigt werden. Notfallplanung auf unterster Stufe, auf Gemeindeebene, ist nach den Erfahrungen unerlässlich. Und schliesslich hat das Alarmdispositiv in den Gemeinden ständig funktionsfähig zu sein. Der Bundesrat ist gewillt, auch hier Lehren zu ziehen. Er wird vor allem über das EJPD dafür sorgen, dass die Kantone den erwähnten Aspekten besondere Aufmerksamkeit schenken. Gesamtschweizerische Solidarität muss dort geübt werden, wo besonders schwere Schäden zu verzeichnen sind. Mit dem beantragten Bundesbeschluss soll einmalige Soforthilfe an wirtschaftlich bedrohte Landesteile geleistet werden. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Bundesrat, auf die Vorlage einzutreten, ihr zuzustimmen und sie vor allem noch in der laufenden Session im dringlichen Verfahren zu verabschieden.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Pini

Abs. 1

.... 15 Prozentpunkte erhöht.

Abs. 2

.... Beiträge von 80 Prozent (Kanton Wallis) und 80 Prozent (Kanton Tessin)

Art. 2

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Pini

Al. 1

.... dépassant de 15 pour cent

Al. 2

.... équivalant à 80 pour cent (Valais) et 80 pour cent (Tessin)

Développement par écrit

Ma proposition demande que l'on tienne compte de la gravité des dégâts subis en automne dernier par les cantons du Valais et du Tessin et que l'on veuille à assurer une égalité de traitement au niveau fédéral.

C'est pourquoi j'invite le Parlement à augmenter de 15 pour cent (et non de 10 pour cent) les contributions aux travaux de première urgence et de restauration (voir les articles 8 et 9 de

la loi fédérale du 21 juin 1991 sur l'aménagement des cours d'eau). Il s'agit d'une augmentation de 15 pour cent par rapport au maximum légal.

Motif: la gravité, déjà mentionnée, des dommages causés par les alluvions, notamment dans la région de Brigue en Valais ainsi que dans celles de Locarno et des Trois Vallées supérieures du Tessin. La proposition d'accorder une augmentation de 10 pour cent est un peu trop restrictive. En outre, ma proposition vise aussi à accroître la contribution aux gros travaux de dégagement et de remise en état des routes ouvertes au trafic motorisé et ne faisant pas partie du réseau des routes nationales et principales.

Quant au taux d'indemnisation, il doit être de 80 pour cent, pour le Valais comme pour le Tessin. Il s'agit de prendre en considération non seulement la gravité des dommages, mais aussi le principe de l'égalité de traitement sur le plan fédéral (ou confédéral), attribut essentiel de la vertu tant vantée de la solidarité!

L'argument selon lequel le Tessin serait financièrement plus à l'aise que celui du Valais n'est, selon moi, pas valable.

La solidarité confédérale n'est pas une notion purement financière, mais avant tout une valeur civique.

C'est pourquoi je propose d'une part d'augmenter l'indemnité prévue et de mettre les bénéficiaires susmentionnés (les cantons du Tessin et du Valais) sur un plan d'égalité, en leur accordant 80 pour cent à tous deux, et non 71 et 75 pour cent respectivement.

Les dommages subis, par exemple, dans les régions de Brigue et des trois vallées supérieures, comme d'ailleurs dans d'autres vallées, du Tessin, sont d'une gravité telle qu'ils représentent un fardeau extrêmement onéreux pour le trésor public. Ils nécessitent donc une aide solidaire et substantielle de la Confédération, dans le respect du principe de l'égalité de traitement.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	93 Stimmen
Für den Antrag Pini	21 Stimmen

Art. 3, 4

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsidentin: Über die Dringlichkeit gemäss Artikel 4 Absatz 2 wird nach der Beratung in den beiden Räten abgestimmt.

Namentliche Gesamtabstimmung

Vote sur l'ensemble, par appel nominal

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:

Aguet, Aregger, Aubry, Baumberger, Bäumlín, Béguelin, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Bischof, Blatter, Bodenmann, Bonny, Borer Roland, Borradori, Bortoluzzi, Bühlmann, Bühler Gerold, Bundi, Bürgi, Camponovo, Caspar-Hutter, Cavadini Adriano, Chevallaz, Columberg, Comby, Daepf, Danuser, Darbellay, de Dardel, David, Dormann, Dreher, Ducret, Dünki, Duvoisin, Eggenberger, Eggly, Engler, Epiney, Eymann Christoph, Fankhauser, Fehr, von Felten, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Claude, Frey Walter, Friderici Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giger, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Hari, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hildbrand, Hubacher, Iten Joseph, Jeanprêtre, Jenni Peter, Kern, Kühne, Ledergerber, Lepori Bonetti, Leuba, Leuenberger Ernst, Leuenberger Moritz, Loeb François, Maeder, Maitre, Mamie, Maspoli, Mauch Rolf, Mauch Ursula, Maurer, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Misteli, Moser, Müller, Oehler, Ostermann, Perey, Raggenbass, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Maximilian, Robert, Ruckstuhl, Ruffly, Rutishauser, Sandoz, Scherrer Jürg, Scherrer Werner, Scheurer Rémy, Schmid Pe-

ter, Schmied Walter, Schnider, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Sieber, Stalder, Stamm Luzi, Steffen, Steiger Hans, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Strahm Rudolf, Stucky, Suter, Theubet, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Vollmer, Weyeneth, Wick, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger, Zwahlen, Zwygart (143)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:

Pini, Schmidhalter (2)

Abwesend sind – Sont absents:

Allenspach, Bär, Baumann, Blocher, Borel François, Brügger Cyrill, Brunner Christiane, Bühler Simeon, Caccia, Carobbio, Cincera, Couchepin, Deiss, Dettling, Diener, Fasel, Fischer-Sursee, Giezendanner, Gobet, Graber, Gysin, Hegetschweiler, Hollenstein, Jaeger, Jäggi Paul, Jöri, Keller Anton, Keller Rudolf, Leemann, Leu Josef, Marti Werner, Matthey, Miesch, Mühlemann, Nabholz, Narbel, Nebiker, Neuenschwander, Philipona, Pidoux, Poncet, Rohrbasser, Ruf, Rychen, Savary, Schweingruber, Seiler Rolf, Spielmann, Spoerry, Stamm Judith, Thür, Tschäppät Alexander, Wanner, Weder Hansjürg (54)

Präsidentin, stimmt nicht – Présidente, ne vote pas:

Haller (1)

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Schmidhalter (C, VS): Der Nationalrat hat soeben über eine bedeutende finanzielle Bundeshilfe an die von den Unwetterschäden von 1993 betroffenen Kantone Beschluss gefasst. Im Namen der Geschädigten möchte ich herzlich danken: dem Gesamtbundesrat für den Vorschlag einer Bundeshilfe in Form einer eigenen Botschaft, die über den vorhandenen gesetzlich geregelten Spielraum hinausgeht; Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, für die einstimmige Annahme der Vorlage. Es ist dies auch nicht selbstverständlich, wenn man an die äusserst angespannte Situation unserer Bundesfinanzen denkt. Nicht zuletzt möchte ich der Schweizer Bevölkerung für die spontane Solidarität, die wir nach den Unwettern wieder einmal erfahren durften, bestens danken. (*Beifall*)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 20.05 Uhr

La séance est levée à 20 h 05

Unwetterschäden 1993 in den Kantonen Wallis und Tessin. Bundeshilfe

Dégâts causés par les intempéries 1993 dans les cantons du Valais et du Tessin.

Participation financière de la Confédération

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.041
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	1007-1011
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 132

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.